einer Milliarde Mark mehr pro Jahr" auferlegen und sieht im einzelnen vor:

- ▷ Die bereits geltenden Lohn- und Einkommensteuer-Freibeträge von 20 Prozent in Berlin sollen weiter erhöht, berufstätigen Ehefrauen mit Kindern soll die Lohnsteuer gänzlich erlassen werden;
- ▷ die von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu zahlenden Beiträge zur sozialen Rentenversicherung (zusammen 14 Prozent der Lohnsumme) sollen zu jeweils 50 Prozent von der Bundeskasse übernommen werden;
- ▷ nach dem gleichen Schema ist die Subventionierung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung vorgesehen.

Konsequenz: Die Arbeitnehmer würden in ihren Lohntüten mehr Geld vorfinden, und die Firmen könnten die ersparten Beträge in weiteren Investitionen anlegen. Nach Exners Vorstellung sollen 65jährige und ältere Arbeitnehmer, die Renten empfangen und weiter arbeiten wollen, ihren Arbeitsverdienst künftig überhaupt nicht mehr versteuern. Zusätzliche Steueranreize sind auch für Halbtagsarbeit sowie Heimarbeit vorgesehen. Gleichzeitig sollen die Staatszuschüsse für Kindergärten erhöht werden.

Um insbesondere den 200 000 Zonenflüchtlingen den Arbeitsaufenthalt in Westberlin angenehm zu machen, soll ihnen möglicherweise ein- oder zweimal im Jahr ein Flugbillett Berlin-Hannover subventioniert werden. Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes, denen der Landweg durch die Zone nicht geheuer ist, erhalten bereits seit einiger Zeit die Preisdifferenz zwischen einer Eisenbahnfahrkarte Zweiter Klasse und dem Flugschein aus Steuergeldern ersetzt.

Der Senat erwägt schließlich, die im Bundesgebiet diskutierte gesetzliche Urlaubsregelung vorwegzunehmen und den Mindesturlaub von zwölf Tagen auf 18 Tage heraufzusetzen. Sozialsenator Exner über die Anwerbung westdeutscher Arbeitskräfte: „Natürlich müssen sich die Unternehmensleitungen auch etwas einfallen lassen." Bundeskanzler Adenauer quittierte die diversen Vorschläge mit dem Bemerken: „Das ist die Idee!"

Die in der vorletzten Woche nach Berlin geeilten westdeutschen Wirtschaftskapitäne, darunter BDI-Präsident Fritz Berg und Arbeitgeberpräsident Hans-Constantin Paulssen, versprachen, das Notprogramm nach Kräften zu unterstützen. Von Berlin aus richteten sie einen Appell an die bundesdeutschen Unternehmer, ihren Westberliner Kollegen durch Verzicht auf jegliche Abwerbungsversuche Solidarität zu bezeugen und noch mehr Aufträge als bisher nach Berlin zu vergeben.

Entgegen dem Optimismus Westberliner Firmenleitungen, die nicht müde werden, ihren Auftraggebern zu versichern, alle Lieferungen würden pünktlich ausgeführt, meinte BDI-Chef Fritz Berg am 22. August in Berlin ebenso anerkennend wie offen: „Ich bin erstaunt, daß das Selbstvertrauen der Berliner Wirtschaft so groß ist . . . Die Berliner Wirtschaft sieht keinen Grund zur Unruhe. Ich persönlich bin anderer Meinung."

AUSLANDS-PRESSE

Schwarze Tränen

Auch diejenigen Volker, die erst seit kurzem das Recht auf Selbstbestimmung durchgesetzt haben, nehmen wachsenden Anteil an der Unterdrückung unserer Landsleute.

Bundespräsident Heinrich Lübke am 31. August 1961 in einer Rundfunkrede an die deutsche Nation.

Joseph Wilson, „Fondeur, Directeur et Rédacteur en Chef de ‚La Verité Togolaise'" aus Lome (Togo), stand vor dem verbarrikadierten Brandenburger Tor und weinte.

Tränen sickerten in die eingekerbten Stammesmale auf seinen Wangen und kullerten herab auf die exquisit gemusterte Toga des schwarzen Berlin-Besuchers. Schluchzend erinnerte sich der dreifache Titelträger aus der einst deutschen Kolonie Togo: „Im Hause meiner Eltern hing ein Bild mit dem Brandenburger Tor, durch das ein König ritt, der Kaiser hieß."

Farbige Journalisten in Berlin: Wo sind die Löwen?

Joseph Wilson ist einer von 39 farbigen Journalisten und Verlegern aus afrikanischen und asiatischen Ländern, die Henri Nannen, Chefredakteur der größten deutschen Illustrierten, „Stern" (Auflage 1,5 Millionen), für weit über 100 000 Mark nach Berlin eingeladen hat, um ihnen Anschauungsunterricht im politischen Wahlfach „Freiheit im Westen — Unfreiheit im Osten" (Nannen) zu erteilen.

Achtzig Jahre nachdem Zirkusdirektor Carl Hagenbeck mit seiner ersten exotischen Völkerschau — bestückt mit Eskimos, Kaffern, Kalmücken und Hottentotten — durch deutsche Lande zog, um König Kaisers Untertanen zu amüsieren, soll „Nannens Völkerschau" mithelfen, jene unterentwickelten Nationen aufzuklären, von deren Stimme in den Vereinten Nationen das Schicksal Berlins mit abhängen kann.

Die Bonner Bundesregierung, deren Aufgabe eigentlich gewesen wäre, was nun der „Stern" zum Nutzen Berlins und der eigenen Auflage finanzierte, leistete bei dem Aufklärungs-Unternehmen nur Schlepper-Dienste: Das Bundespresseamt vermittelte Nannen Berlin-Pilger aus Ländern von Niamey (Niger) bis Kuala Lumpur (Malaiischer Staatenbund).

Mit welchen unvorhergesehenen Schwierigkeiten Berlin-Lektionen für Farbige verbunden sind, wurde schon beim ersten Palaver in „Nannens Völkerschau" offenbar.

„Wieso rufen die Berliner nach amerikanischen Truppen, wo doch alle Völker froh sind, wenn sie fremde Besatzungstruppen loswerden?" wunderte sich der Kongolese Ferdinand Luvuzo, Redakteur der Léopoldviller Zeitung „Le Courier d'Afrique". Und ein braunhäutiger Kollege fragte, ob „nicht alle Probleme gelöst sind, sobald die Amerikaner nach Hause gehen".

Eine andere, nicht weniger einleuchtende Art des Mißverstehens verkörpert Joseph Wilson aus Togo. Schon in der Bundesrepublik hatte er seine Gastgeber mit der Frage überrascht: „Was tun die Kühe nachts auf der Weide, wenn die Löwen aus dem Busch brechen?"

Polit-Pädagoge Henri Nannen mußte — vom Zoo-Besuch bis zur Pressekonferenz mit Willy Brandt, vom Ausflug hinter Ulbrichts Betonmauer bis zum Abstecher in das Berliner Ballhaus „Resi" (Tischtelephon und -rohrpost sowie Wasserspiele) — alle verfügbaren Attraktionen einsetzen, um seinen Gästen die Segnungen der gefährdeten Freiheit plastisch werden zu lassen.

Joseph Wilson erlag als erster der Ausstrahlungskraft des weißen Massa Nannen. Er wollte in Berlin nur essen, „was Herr Nannen ißt", nur trinken, „was Herr Nannen trinkt", und bestand schließlich darauf, auch eine Brille zu besitzen, „wie Herr Nannen sie trägt". Beim anschließenden Einkauf konnte des Togolesen „Stern"-Begleiter dem Optiker gerade noch zuraunen, er möge die goldenen Gestelle wegräumen.

Durch seine neue 82-Mark-Brille mit 0,1-Gläsern (annähernd Fensterglas) sah Joseph Wilson die Berlin-Krise plötzlich aus Nannens Sicht im rechten Licht: „Jenseits der Sektorengrenze wird die Meinungsfreiheit mit Füßen getreten."

Für Wilsons Kollegen dagegen war erst der Blick hinter Stacheldraht und chinesische Mauer Beginn einer Wandlung. Der zunächst skeptische Paul Ramasindraibe aus Madagaskar kabelte an seine Zeitung „Areno": „Brüder aus

Madagaskar — ich habe Angst vor dem Kommunismus."

Eine ähnliche Metamorphose vollzog der „Stern"-Reisende Mustapha El Alaoui, Direktor der marokkanischen Zeitung „Al-Fajr" („Morgenröte"). Anfänglich hatte er in Westberlin „ein Regime des Pentagons" gewittert und deshalb eingewilligt, im Ostberliner Rundfunk zu sprechen. Er machte seine Zusage rückgängig, nachdem er durch Ostberlin gestreift und von einer jungen Amerikanerin im Westberliner „Resi" bis zur Morgenröte in Sachen Freiheit unterwiesen worden war.

SOWJETZONE

ZITAT

„An der (Ludwigsluster) John-Brinckman-Straße Nr. 49, 51, 53 stehen die Antennen noch nicht auf Friedenswelle; aber wir sind sicher, daß in den nächsten Tagen alle Antennen unseres Kreises auf Friedenswelle gestellt werden. Unsere geschlossene Antwort lautet: Wir sch ... auf die Latrinenparolen der Westpropagandisten. Unsere Augen und Ohren gehören den Argumenten und Bildern des Friedens, und diese kommen aus Richtung Schwerin." („Schweriner Volkszeitung", Kreisausgabe Ludwigslust.)

FERNSEHEN

Aktion Ochsenkopf

Mit hurtigem Marschtritt bog ein kleiner Trupp blau uniformierter Mitglieder der Freien Deutschen Jugend (FDJ) auf den Marktplatz des Kreisstädtchens Eilenburg bei Leipzig ein. Die Jugendfreunde sangen:

German Titow
soll ein Vorbild für uns sein
Jeder von uns
kann ein Held wie Titow sein

Auf der Mitte des Platzes hielt die Blauhemden-Abteilung. Das Astronautenlied brach ab. Aus der Gruppe lösten sich zwei junge Burschen und rammten eine Fernsehantenne ins Straßenpflaster. Alsdann befestigten sie ein sauber gemaltes Schild am Antennenmast: Diese Apparatur, so lasen die Passanten, habe ein unbelehrbarer und deshalb bestrafter Eilenburger Bürger dazu benutzt, sich das Fernsehprogramm des — westdeutschen — Klassenfeindes anzuschauen.

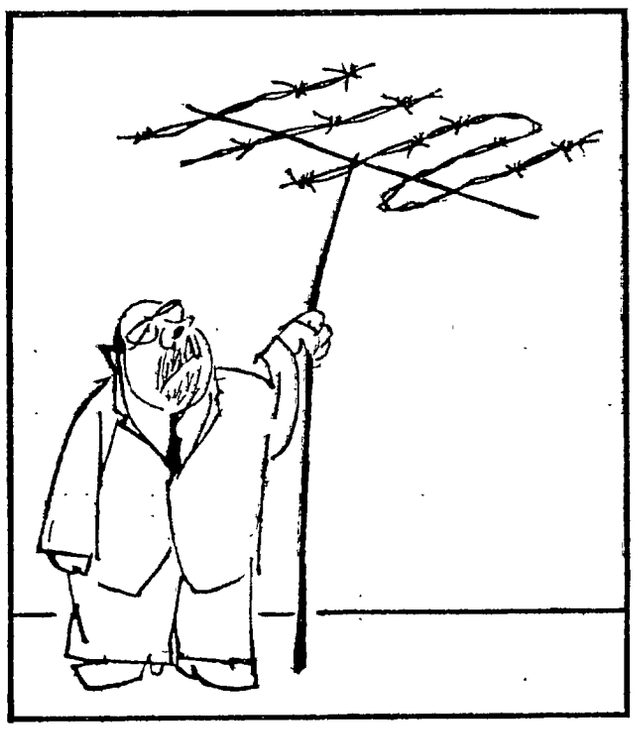
Jubelte anderntags die „Junge Welt", das Pflichtblatt aller FDJler: „Hetzantenne am Pranger". Zugleich feierte die Jugendfront-Zeitung die Eilenburger Demontageaktion als ersten weithin sichtbaren Erfolg jener „Diskussion mit ideologischen Grenzgängern", deren Ziel es ist, die Insassen der mit Stacheldraht umzäunten DDR nach der Grenzsperre vom 13. August nun auch der letzten optisch-akustischen Westkontakte zu berauben.

Der Rachefeldzug gegen alle Ulbricht-Untertanen, die bislang Unterhaltung und Informationen lieber aus westlichen TV-Kanälen als aus der ideologischen Küche des DDR-Fernsehfunks bezogen, wird von der SED-Agitationszentrale unter Albert Norden geleitet.

Agitprop-Chef Norden hatte in aller Eile ein Drei-Punkte-Programm entworfen, das bis zur DDR-„Volkswahl" am 17. September dieses Jahres erfüllt werden soll:

- ▷ Beseitigung aller auf Westempfang eingerichteten Fernsehantennen (nach dem Standort des bayrischen Zonengrenz-Senders Ochsenkopf kurz „Ochsenköpfe" genannt);
- ▷ Selbstverpflichtung aller Elektromonteure, künftig keine „Westantennen" mehr zu installieren;
- ▷ Selbstverpflichtung aller Hausgemeinschaften, freiwillig auf den Empfang westdeutscher oder Westberliner Fernsehsendungen zu verzichten.

Da einsatzbereite Partei-Apparatschiks nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung standen, übertrug die SED die Aktion Ochsenkopf dem Funktionärskorps der FDJ. Seither schwärmen die linientreuen, durch rote Armbinden als „Hilfsorgane der Staatssicherheit" ausgewiesenen Jugendgenossen in Stadt und Land aus und notieren die Besitzer aller westwärts weisenden Antennen. Alsdann werden die Eigentümer aufgefordert, die „Feindfahnen" und „Opiumsäulen" entweder abzubauen oder auf Ostempfang zu drehen.



Die Welt

Antenne in Richtung Frieden

Kommen besonders störrische Elemente dieser Anweisung nicht unverzüglich nach, greifen die Blauhemden selbst zu Zange und Schraubenschlüssel.

Gelegentlich nehmen die FDJler nicht nur die Antennen, sondern auch deren Besitzer mit: Wer — wie etwa drei Einwohner des thüringischen Dorfes Obermehler — derlei Erziehungsmittel mit widersetzlichen Reden oder Flüchen quittiert, wird kurzerhand mit einer Anklage wegen „staatsgefährdender Propaganda und Hetze" — dem dehnbarsten Tatbestand im DDR-Strafrecht — bedacht.

Angesichts derartiger Methoden kapitulierten zahlreiche Zonen-Bürger vor den Wellen-Schnüfflern und bezeugten ideologische Reue. So bekannte der von FDJ-Kontrolleuren zur Rede gestellte Eilenburger Fleischermeister Arno Laux: „Wir haben bisher vor der falschen Röhre gesessen."

Bereitschaft zur Selbstkritik wird von Albert Nordens Rundfunksendern, Fernsehstationen und Zeitungen eifrig gefördert: Selbst im kleinsten Provinzblatt finden sich spaltenlange Abhandlungen über die Wechselbeziehungen zwischen Ochsenkopf-Antennen, Staatsverleumdung und Gefängnis. Mitbürger, die ihre Westantennen nicht freiwillig abbauen, finden sich unter Angabe von Namen und Adressen in den Lokalseiten als Agenten und Spione angeprangert.

Der Eifer, den Nordens Agitprop-Kolonnen an den Tag legen, ist freilich verständlich: Rund 900 000 der 1,3 Millionen DDR-Fernsehteilnehmer konnten bislang über Westberliner oder bundesdeutsche Sender das Programm des Deutschen Fernsehens empfangen. Lediglich die Bildschirm-Besitzer im ehemaligen Vorpommern und im östlichen Sachsen waren wegen der großen Entfernung zu den westlichen Stationen allein auf den in Adlershof zusammengerührten Eintopf des (Ost-) Deutschen Fernsehfunks angewiesen.

Indes: Mit dem Abbau der West-Antennen allein ist die erwünschte Gleichschaltung aller Fernseher auf Ulbrichts Einheitswellen nicht zu erreichen. Mindestens ein Drittel der 900 000 Fernseher, die bis vor kurzem westdeutsche Fernsendungen empfangen konnten, wird auch weiterhin in der Lage sein, die Geräte auf die Kanäle des Westfernsehens zu schalten: In Ostberlin, in den Randgebieten um Berlin und in einem rund 50 Kilometer breiten Streifen entlang der Zonengrenze können die westlichen Stationen mit Zimmerantennen empfangen werden.

Um nun auch diesen Wellenwanderern die Lust am westlichen Mattscheiben-Spektakel zu nehmen, haben Walter Ulbrichts Propaganda-Experten eine psychologische Terrorwelle in Gang gebracht, von der sie sich die Einschüchterung auch der Zimmerantennen-Besitzer erhoffen. In der Wahl der Argumente zeigen sich die SED-Propagandisten nicht eben wählerisch: Kurzerhand griffen sie auf den Schlagwortschatz des einschlägig versierten Joseph Goebbels zurück.

Fragte beispielsweise die Rostocker SED-„Ostsee-Zeitung" unter der Überschrift „Antennen in Richtung Frieden": „Ist es nicht an der Zeit zu verlangen, daß sich alle Bürger der DDR ihre gei-